Erwartungshorizont:

zu Aufgabe 1:

- **Angaben zu Autor und Text:** Alexander Mühlauer, Journalist der Süddeutschen Zeitung, äußert sich in seinem Artikel *Um Europa zu retten, muss Deutschland investieren*, der am 26.05.2015 auf Süddeutsche Zeitung Online erschienen ist, zur Frage, ob Deutschland in Zeiten der Eurokrise die Binnennachfrage durch konjunkturstützende Maßnahmen fördern und sich dabei verschulden solle, oder ob Deutschland nach wie vor eine restriktive Sparpolitik betreiben solle.
- **Position des Autors:** Laut dem Autor brauche es nach sieben Jahren Krise einen Neuanfang: Mühlauer plädiert für schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme im Sinne Keynes. Deutschland solle die Binnennachfrage stärken und private und staatliche Investitionen fördern, damit dies einen positiven Effekt auf die gesamte EU-Wirtschaft in Zeiten der Eurokrise hat.
- **Begründungsgang des Autors:**
  - Bereits die Überschrift macht deutlich, dass der Autor dafür plädiert, dass Deutschland in Zeiten der Eurokrise Investitionen fördern und somit die Binnennachfrage stärken soll.
  - Z. 1-6: Der Autor führt ins Thema ein, indem er auf den von Varoufakis geforderten europäischen Neuanfang nach sieben Jahren Krise rekurriert und entfaltet somit zugleich seine Hauptthese: Europa brauche – in Rekurrenz auf Varoufakis – „einen neuen Pakt für mehr Wachstum" (Z. 5f.); zugleich distanziert er sich jedoch von Varoufakis (vgl. Z. 4), V.s Forderung dient nur als 'Aufhänger'; gleichzeitig dient der erste Abschnitt als Problemaufriss (Eurokrise).
  - Z. 7-13: Untermauert wird die These nachfolgend durch das Argument, auch die USA würden den Kurs der Europäer, insbesondere den der Deutschen, bereits seit Jahren kritisieren und anraten, die Sparauflagen zu beenden und aktiv für mehr Wachstum zu sorgen.
  - Z. 15-20: Kontrastiv dazu skizziert der Autor anschließend den Wirtschaftskurs Merkels und Schäubles [Gegenseite]; der Autor erkennt die „solide Haushaltspolitik" Schäubles zwar als „Erfolg" (Z. 16f.) an und wirkt so differenziert, kritisiert aber die Tatsache, es bei Sparmaßnahmen zu belassen – was Europa brauche, seien vor allem auch auf höherem Wachstum beruhende steigende Einnahmen.
  - Z. 21-24: Bilanziert wird das zuvor Angeführte in einem Zwischenfazit, das noch einmal prägnant die expansive Wirtschaftspolitik der USA mit der restriktiven Sparpolitik der Deutschen kontrastiert. Der Autor lässt nun keinen Zweifel mehr daran, dass er die expansive Wirtschaftspolitik als Weg aus der Krise favorisiert und für diese plädiert – denn die USA haben „die Rezession erfolgreich bekämpft" (Z. 22f.), während die Europäer, allen voran die Deutschen, „immer noch in der Krise stecken" (Z. 24).
  - Z. 25-39: Im Folgenden präzisiert und konkretisiert (Handlungsvorschläge!) der Autor seine Position und differenziert seine These aus: Deutschland müsse bezüglich expansiver Wirtschaftspolitik in Europa vorangehen, da es das einzige EU-Land sei, dass genügend Geld habe, um „in größerem Umfang konjunkturstützende Maßnahmen anzuschieben" (Z. 25f.). Der Autor führt zwei Argumente an, um diese Forderung zu stützen: psychologische Effekte und die internationale Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft ('Dominoeffekt').

Am Ende richtet der Autor noch einmal einen direkten Appell (Stärkung der Binnennachfrage) an „Berlin“ bzw. „Merkel und Schäuble“ (Z. 37f.) und rekurriert nun auch namentlich auf Keynes als Autorität.

- **Argumentationsweise (Beispiele):**
  - Die sprachliche Gestaltung der Überschrift lässt die Position des Autors als indiskutabel erscheinen: Das Modalverb „müssen“ in der Überschrift verdeutlicht die Dringlichkeit, die deutsche Binnennachfrage zu stärken. Dies müsse geschehen, um „Europa zu retten“. Der Autor stellt seine Meinung somit als alternativlos dar, denn die einzige Alternative wäre der vom Autor indirekt in Aussicht gestellte Untergang Europas.
  - Der Autor greift mehrmals mögliche Einwände gegen seine Position selbst auf (z.B. „Jetzt kann man natürlich fragen (…), Z. 27-30), um zum einen differenziert und durchdacht zu erscheinen und um zum anderen die möglichen Einwände zu entkräften und der Gegenseite argumentativ 'den Wind aus den Segeln zu nehmen'.
  - Der Satz „Die Kanzlerin und ihr Finanzminister sehen das bekanntlich anders.“ (Z. 15) erscheint im Kontext und vor dem Hintergrund der Position des Autors ironisch-distanziert und lässt die (damalige) Bundesregierung als nicht kompetent genug erscheinen, effektiv auf die Eurokrise zu reagieren.
  - Der Autor verwendet mehrmals antithetische Strukturen, um die beiden wirtschaftspolitischen Positionen Nachfrage- und Angebotstheorie (wenn auch nicht namentlich genannt) gegenüberzustellen, z.B. in Z. 21-24: „Hier die Amerikaner (…) und dort die Europäer“.
  - Die zweifache Verwendung des Modalverbs „müssen“ (vgl. Z. 36, 37), bezogen auf Mühlauers Forderung an die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, unterstreicht am Ende des Artikels noch einmal mit Nachdruck die Position des Autors und lässt diese unumstößlich erscheinen.

- **Intention:**
  - Der Autor wirbt für schuldenfinanzierte konjunkturstützende Maßnahmen, d.h. für nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik im Sinne Keynes, da Europa diesen 'neuen Wachstumspakt' brauche, um die – im Kontext der Eurokrise – Rezessionen in EU-Ländern erfolgreich zu bekämpfen.
  - Konkret appelliert der Autor an die deutsche Bundesregierung, dass sie ihre restriktive Sparpolitik beende zugunsten einer expansiven Fiskalpolitik.

<u>zu Aufgabe 2:</u>

- **Mühlauer** ist ein **Anhänger der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik**, denn er sieht deutliche Vorteile bei schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen im Sinne des keynesianischen *deficit spendings* (vgl. z.B. Z. 36ff.). Als Vorbild nennt er auch die Amerikaner, die die Rezession mit einer expansiven Wirtschaftspolitik „erfolgreich bekämpft haben“ (Z. 21ff.). Zudem spricht er sich gegen eine restriktive Sparpolitik aus (vgl. Z. 23f.)

	nachfrageorientierte WiPo (Keynes)	angebotsorientierte WiPo
Grundannahme	Instabilitätshypothese: marktwirtschaftliche Systeme sind generell instabil und krisenanfällig	Stabilitätshypothese: marktwirtschaftliche Systeme sind generell stabil und tendieren zum Gleichgewicht auf allen Märkten
Rolle des Staates	Staat ist Hauptakteur und greift aktiv in die wirtschaftlichen Vorgänge ein, übernimmt stabilisierungspolitische Verantwortung	möglichst wenig Staatseingriffe, Staat übernimmt keine stabilisierungspolitische Verantwortung (liberalistische Staatsauffassung)
zentrale Merkmale	- Der wichtigste Bestimmungsgrund von Krisen ist die gesamtwirtschaftlich zu geringe Nachfrage → Der Staat muss zusätzliche Nachfrage schaffen muss, indem er Arbeitsplätze schafft oder als Nachfrager in bestimmten Branchen auftritt. - Zu diesem Zweck muss der Staat kurzfristig Haushaltsdefizite in Kauf nehmen (deficit spending) → der Wirtschaftsprozess wird dann wieder in Schwung gebracht und die Steuereinnahmen werden wieder steigen, sodass die aufgelaufenen Schulden wieder getilgt werden können. - Der Staat muss antizyklisch agieren, d.h. gerade in Abschwungphasen zusätzliche Nachfrage und Investitionsanreize schaffen.	- Der Staat betreibt keine aktive Wirtschaftspolitik, sondern beschränkt sich auf deregulierende Maßnahmen → diese sollen die Produktionskosten der Unternehmen senken und die Investitionstätigkeit der Unternehmen fördern, denn Ziel ist die Stärkung der Angebotsseite. - Eine besondere Bedeutung kommt zudem der Geldpolitik zu (*Monetarismus*) → Ziel ist hier eine sich am Wachstum des Produktionspotenzials orientierende, inflationsvermeidende Geldpolitik.
Instrumente	- Unterstützung privater Haushalte durch z.B. Lohnsteuerentlastungen oder Erhöhung der Transferzahlungen - Erhöhung der Ausgaben des öffentlichen Sektors - Erhöhung der Investitionen des Staates durch Erhöhung seines Konsums (Erhöhung der staatlichen Nachfrage)	deregulierende Maßnahmen: - Steuererleichterungen für Unternehmen - Abbau gesetzlicher Hemmnisse - weitgehende Privatisierung öffentlicher Unternehmen - Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

zu Aufgabe 3:

- Der Prüfling sollte bei seiner Stellungnahme deutlich machen, dass er wirtschaftliche Zusammenhänge erfassen und terminologisch angemessen darstellen kann.
- Mögliche Argumente für Sparen: Schuldenstand des Staates sehr hoch, Zahlungen für Zinsen und Tilgung schränken Investitionsmöglichkeiten des Staates zu sehr ein, fehlende Generationengerechtigkeit (heutige Schulden werden von kommenden Generationen zurückgezahlt), crowding-out-Effekt: private Investitionen können durch die erhöhte Staatsnachfrage verdrängt werden, Gefahr von time-legs bei konjunkturstützenden Maßnahmen
- Mögliche Argumente für schuldenfinanzierte konjunkturstützende Maßnahmen im Sinne Keynes: staatliche Investitionen als Anschubinvestitionen, die weitere private Investitionen und höheren privaten Konsum nach sich ziehen (Multiplikatoreffekt); positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, da neue Nachfrage geschaffen wird; staatliche Investitionen z.B. in Infrastruktur haben Nutzen für die gesamte Gesellschaft; gerade in Extremsituationen macht keynesianische Wirtschaftspolitik Sinn, da somit eine noch schwerere Depression und Massenarbeitslosigkeit vermieden werden können